



SP Appenzell Innerrhoden (SP AI)

Februar 2024

Aktualisiert im April 2024

«Migration mit humanen Kontrollen und legalen Verfahren ist möglich»

Ausführungen zum Antrag «Bodenseekoalition für humane Grenzen»

(Grundlage: «Sternstunde Philosophie», SRF, 4. Februar 2024¹, mit Gerald Knaus)

Unser Antrag zur **«Bodenseekoalition für humane Grenzen»**² ist ein Beitrag, um irreguläre Migration zu reduzieren und mehr legale Mobilität zu ermöglichen.

Viele Menschen haben Empathie für Flüchtende – allerdings nicht grenzenlos. Der Antrag zur **«Bodenseekoalition für humane Grenzen»** ist ein pragmatischer Weg zwischen den Extrempositionen, keine Rückführungen zu wollen und alle Asylverfahren bei uns durchzuführen oder der Angstmacherei, wir stünden vor einer Massenmigration, die nur mit Gewalt zu stoppen sei.

Der EU-Migrationspakt vom 20. Dezember 2023³ ändert an der Grundproblematik nichts.

Er weckt unerfüllbare Erwartungen und gibt den rechtspopulistischen Kräften zusätzlich Auftrieb. Es ist beispielsweise unrealistisch, dass die Staaten an der EU-Aussengrenze innerhalb 12 Wochen entscheiden können, wer schutzbedürftig ist. Zudem müssten die Geflüchteten – auch Familien und Kinder – während dieser Zeit unter gefängnisähnlichen Bedingungen untergebracht werden. EU-Staaten können sich von der solidarischen Aufnahme von Flüchtlingen freikaufen. Vorgesehene Rückführungen nach Afrika sind ohne gegenseitige Abkommen nicht oder nur schwierig umsetzbar.

Der Status quo muss geändert werden. Auf der Grundlage der Menschenrechte gilt es, die illegale und lebensgefährliche Migration durch legale Wege zu ersetzen.

Wenn wir die **Flüchtlingskonvention als globale Norm** hochhalten wollen, ist es wichtig, anzuerkennen, dass auch Staaten ausserhalb von Schengen-Dublin – allein oder mit Unterstützung des UNHCR – Menschen mit legalen Verfahren aufnehmen können. Dazu braucht es jedoch kluge Strategien, die Anreize mit Abkommen auf Augenhöhe setzen, um Ursprungsländer der Flüchtlinge und sichere Drittstaaten auch ausserhalb Europas zu gewinnen. Dadurch würde das mafiöse und menschenverachtende Geschäftsmodell der Schlepperorganisationen zerstört. Die Zahl der Toten und der Menschen, die sich auf gefährliche Fluchtrouten begeben, würde deutlich sinken.

Die Schweiz bot ursprünglich im Rahmen des **Resettlement-Programms** für die Jahre 2022 und 2023 an⁴, insgesamt 1600 besonders Schutzbedürftige aufzunehmen. Gemäss EJPD ist das Programm jedoch sistiert: *«Grund sind die hohen Asylzahlen sowie die zusätzlichen ukrainischen Personen, die vor dem Ukrainekrieg in die Schweiz geflohen sind. Im 2023 haben 30'223 Personen in der Schweiz Asyl beantragt. Das sind 23,3% mehr als im 2022. Zudem haben 23'012 Personen aus der Ukraine den Status S beantragt. Das ist insbesondere bei der Unterbringung eine riesige Herausforderung für Bund, Kantone und Gemeinden. Wir rechnen im 2024 erneut mit 30'000 – 33'000 Asylgesuchen sowie weiteren Menschen aus der Ukraine. Stand heute fehlen uns*

¹ <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-philosophie/video/gerald-knaus-wie-loesen-wir-die-migrationskrise?urn=urn:srf:video:077710ee-a1fb-4100-8511-2e8dd2ab49c9>

² <https://sp-ai.ch/interessengeleitete-migrationspolitik-und-humane-grenzkontrollen-wie-schaffen-wir-das>

³ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-migration-policy/>

⁴ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/resettlement.html>

deshalb beim Bund nächsten Herbst knapp 3'000 Unterbringungsplätze. Das ist der Grund, weswegen der Bundesrat entschieden hat, das Resettlement Programm zwar zu genehmigen, aber zu sistieren. Und es wieder in Absprache mit den Kantonen und Gemeinden wieder zu aktivieren, wenn sich die Unterbringungssituation bei Bund, Kantonen und Gemeinden erholt hat.»⁵

Jede entwickelte Demokratie sollte in der Lage sein, jährlich bis zu 1500 Flüchtlinge pro Million Einwohner mit humanen Kontrollen und legalen Verfahren aufzunehmen. Die Tatsache, dass die drei Anrainerstaaten des Bodensees – Deutschland, Österreich und die Schweiz – im Vergleich zu andern EU-Staaten verhältnismässig viele Flüchtlinge aufnehmen, ist Grundlage für unseren Antrag zur **«Bodenseekoalition für humane Grenzen»**⁶

Zahlen der Asylstatistik 2023 des Staatssekretariats für Migration (SEM)⁷

Asylzahlen:

Asylgesuche 2023:	30'223	Vergleich zu 2022: +23,3%
(2% der Gesuche, die in Europa gestellt wurden)		
wichtigstes Herkunftsland:	Afghanistan (7934)	
vorläufig Aufgenommene:	45'346 (Ende 2023)	2022: 44'779
Schutzstatus S (Ende 2023):	66'083 (Ende 2023)	2022: 62'820
anerkannte Flüchtlinge:	80'979 (Ende 2023)	2022: 76'195
Asylgewährungsquote 2023:	25,7%	2022: 30,6%
Schutzquote 2023 ⁸ :	54,4%	2022: 59%
Erstinstanzlich hängige Fälle:	15'567	2022: 12'239

Ausreisen und Wegweisungsvollzug:

Kontrollierte Ausreisen:	16'721	2022: 11'467
freiwillige Rückkehrungen:	13'001 (Ukraine: 10'978)	2022: 8'333 (Ukraine: 6'666)
zwangsweise Rückführungen:	3'720	2022: 3'134
gesamthafte Ausreisen:	Vergleich zu 2022: +45,8%	

Asylgesuche 2024

erwartete Gesuche:	30'000 (+/-3000)
--------------------	------------------

Kommentierte Asylstatistik 2023 – ejpd.admin.ch



stat-jahr-2023-kom
mentar-d.pdf

⁵ Mail von Laura Kronig, persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Beat Jans, EJPD, vom 10. April 2024

⁶ <https://sp.ai.ch/interessengeleitete-migrationspolitik-und-humane-grenzkontrollen-wie-schaffen-wir-das>

⁷ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/sem/medien/mm.msg-id-100040.html>

⁸ erstinstanzlich vorläufig Aufgenommene